

5 Punkte

Der Weg zum Erfolg

Die letzten Wahlen haben klar aufgezeigt: Die Schweiz ist nicht apolitischer geworden – im Gegenteil: Seit Jahren haben Wahlen in unserem Land nicht mehr derart mobilisiert wie jene am 21. Oktober 2007. Eines jedoch hat sich grundlegend verändert: Die Parteien «leben» nicht von einer mehr oder weniger stabilen und treuen Wählerbasis – sie müssen von Wahl zu Wahl um ihre «Kundschaft» kämpfen und für ihre Anliegen mobilisieren. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken und wer Erfolg haben will, muss sich auf allen Ebenen den neuen Herausforderungen stellen.



RETO NAUSE,
GENERALSEKRETÄR
CVP SCHWEIZ

1 KLARES PROGRAMM: Für die Erkennbarkeit sind drei bis vier Schwerpunkte und handfeste Verbesserungsvorschläge in diesen Themen notwendig. Die meisten Wahlen in die Parlamente sind Listenwahlen. In erster Linie werden damit Parteien gewählt. Mit profilierten Köpfen allein lassen sich moderne Wahlkämpfe nicht mehr gewinnen. Es braucht die Parallellität von Köpfen und Programm. Die CVP hat sich seit 2003 vermehrt mit der Familienpolitik auseinandergesetzt und dort auch Erfolge erzielt: Mutterschaftsurlaub, Krippen, Kinderzulagen, etc. Durch die Abgrenzung von links und rechts wurde die CVP von den Wählenden als familien- und wirtschaftsfreundliche Zentrumskraft erkannt.

2 GLAUBWÜRDIGE KÖPFE: Glaubwürdigkeit bedeutet der inneren Einheit und dem Programm verpflichtete Persönlichkeiten. Die Wählenden verlangen nach einer neuen Berechenbarkeit der Politik. Wahllisten, die ein Sammelsurium von Einzelkämpfern versammeln, werden kaum mehr Erfolg haben.

3 STRAFFERE ORGANISATION: Die hochföderalistische Organisation der Schweizer Parteienwelt ist untauglich in einem Zeitalter, in welchem Wahlkämpfe als nationale Wahlkämpfe geführt werden. Notwendig sind ein einheitliches Erscheinungsbild, die zentrale Erfassung aller Mitglieder, die nationale Mitgliedschaft, das zentrale Inkasso der Beiträge und der «direkte Draht» von der Wahlkampfzentrale bis hin zum einzelnen Mitglied. Werden in jeder Ortssektion in Fronarbeit Adressen nach völlig unterschiedlichen Kriterien verwaltet und erfasst, so kann keine Schlagkraft entstehen. Ausserdem wird die Bevölkerung immer mobiler: Allein durch den Wegzug von Mitgliedern dürften den Parteien jährlich mehrere tausend Sympathisanten verloren gehen. Erstmals konnte die CVP Schweiz in diesem Wahlkampf sämtliche rund 80 000 Mitglieder und Sympathisanten direkt erreichen. Durch die mehrfache persönliche Ansprache der Mitglieder ist die innere Mobilisierung 2007 fast vollständig gelungen. Darüber hinaus konnten 30 000 Neuwählerinnen und Neuwähler für die CVP gewonnen werden.

4 PRÄSENZ IN DEN ABSTIMMUNGSKÄMPFEN: Volksabstimmungen machen in der Schweiz die Parteien für eine breite Bevölkerung erst erkennbar. Gerade als Zentrumskraft ist es für die CVP dabei von prioritärer Bedeutung, dass sie in Abstimmungskämpfen mit einer eigenen Kampagne präsent ist: Die Einbindung in überparteiliche Gremien macht zwar Sinn, für die Erkennbarkeit der eigenen Position bringt sie aber nichts.

5 FINANZEN: Die staatliche Parteienfinanzierung ist kein Weg für die Schweiz. Deshalb müssen die Parteien über ein professionelles Fundraising verfügen, wollen sie mittelfristig Erfolg haben. Voraussetzung dafür sind die zentrale Mitgliederkartei und die ständige Veredelung der vorhandenen Kontakte.

Parteipräsidenten: «In

Politlandschaft Der Politologe Andreas Ladner über den erfolgreichen SVP-

Die SVP hat vorgemacht, wie man einen erfolgreichen Wahlkampf führt. Was haben die anderen Parteien falsch gemacht? Wie muss der Parteipräsident der Zukunft beschaffen sein?

RAHEL BUCHER, CHRISTOPH BOPP

Herr Professor Ladner, haben Sie sich nicht auch ein bisschen gewundert, dass die SVP mit einer so simplen Strategie – alles auf den Bundesratsitz von Christoph Blocher zu fokussieren – so viel Erfolg gehabt hat? **Andreas Ladner:** Dazu sind zwei Dinge zu sagen: In Anbetracht der Ausgangslage musste die SVP diese Strategie fahren, denn die Mehrheitsverhältnisse in der Vereinigten Bundesversammlung sind ja so, dass Mitte-Links eine Mehrheit zusammenbringen könnte, um Bundesrat Blocher abzuwählen. Und das andere: Die anderen Parteien haben perfekt mitgespielt, damit die Kampagne der SVP auch aufging.

Glauben Sie, dass die Angst real war, dass Blocher abgewählt werden könnte?

Ladner: Die rechnerische Möglichkeit gab es und gibt es im Prinzip immer noch, und es war auch aus SP-Kreisen und von Grünen zu hören, dass man Blocher nicht wählen würde. Von der Schlüsselpartei in dieser Frage, der CVP, wurde nie klar Stellung bezogen. Ich glaube mich zu entsinnen, dass sogar der CVP-Präsident verlauten liess, er würde Blocher nicht wählen. Die Drohung hing im Raum. Das ganze Drum und Dran um die Affäre Roschacher machte sie nur noch plausibler.

Man spricht immer davon, dass die Inhalte unter den Teppich gefallen seien...

Ladner: Das stimmt nur bedingt. Wenn die SVP mit Herrn Blocher Wahlkampf macht, dann macht sie Wahlkampf für eine bestimmte Politik. Was Herr Blocher politisch will, ist zur Genüge bekannt.

Aber auf dem Plakat stand: «SVP wählen, Blocher stärken». Von seiner Politik war ja nie die Rede.

Ladner: Ja, aber es war immer klar, in welche Richtung diese

Politik gehen sollte. Wahlkampf ist immer eine Verkürzung. Da kann man nicht das ganze Programm diskutieren. Man muss seine Positionen an Bildern oder Personen festmachen. Es scheint mir eine billige Entschuldigung, wenn die anderen Parteien sagen: Weil Herr Blocher auf dem Plakat steht, kann man nicht mehr über Inhalte diskutieren. Hätte die CVP klar gesagt: Blocher wird wiedergewählt, wäre das Geheimplan-Gerede in sich zusammengebrochen.

Warum hat sie das nicht gemacht?

Ladner: Offenbar sind die Parteien nicht in der Lage, strategische Überlegungen anzustellen.

Das war der eindeutige Vorteil der SVP – die klare und eindeutige Strategie?

Ladner: Ich muss sagen, ich glaube nicht, dass die SVP das alles

Ich glaube nicht, dass die SVP alles geplant hat

geplant hat. Die anderen haben einfach alles gemacht, damit es perfekt aufgeht: die Parteien, die Medien – bis zur ausländischen Presse.

Was können die anderen Parteien lernen? Einen Politiker wie Blocher gibt es ja nicht alle Tage.

Ladner: Die Mediatisierung der Politik hat dazu geführt, dass politische Inhalte über Personen unter die Leute gebracht werden müssen. Es müssen nicht immer nur die Präsidenten sein, aber es braucht Figuren, die der Partei ein Gesicht geben.

Welche Rolle hat das Geld gespielt?

Ladner: Das Geld spielt eine wichtige Rolle, aber es ist nicht der einzige Faktor. Offenbar hat aber die SVP-Kampagne derart an Fahrt gewonnen, dass sich die SVP vor Spenden kaum retten konnte. Das war nicht alles budgetier- und planbar.

Aber es war ja nicht nur Glück.

Ladner: Nein, sicher nicht. Was die SVP den anderen voraushat, ist die langfristige Strategie. Sie hat versucht, den Leuten den Puls zu fühlen und mit konkre-



ANDREAS LADNER

Seit 2006 ist Andreas Ladner (49) Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP in Lausanne. Im Rahmen seiner Forschungstätigkeit beschäftigte er sich mit Themen wie Parteien, Demokratie, elektronische Stimmabgabe und Verwaltung. Dieses Jahr veröffentlichte er eine Studie, die sich mit Gemeindedemokratie befasst. Zurzeit leitet er ein Nationalfondsprojekt, das die Wahlhilfe-Plattform «smartvote» untersucht.

ten Wahlversprechen darauf reagiert.

Aber es waren isolierte Forderungen...

Ladner: Das kann auch durchaus ein komplexes Angebot sein...

Hat uns das die SVP wirklich gemacht? Sie will kriminelle Ausländer ausschaffen, aber nicht das Problem mit der internationalen Migration lösen.

Ladner: Die SVP steht für ein bestimmtes Bild der Schweiz und eine bestimmte Lebensweise. Ihre einzelnen Forderungen sind damit durchaus kompatibel. Es stellt sich jetzt die Frage, ob die Leute sie wählen wegen ihres Schweiz-Bildes oder wegen ihrer Forderungen. Es ist sicher nicht ein wild zusammengesuchter Strauss von populären Folgerungen, die zum Erfolg führen, sondern sie passen alle in dieses Bild oder in dieses ganz bestimmte Set von Werten.

Ist das mehr als ein ideologischer Schein? Eine jodelnde Sennenchäppi-Schweiz mit Kühn und sauberen Strassen?

Ladner: Ja, durchaus, es ist mehr. Es geht auch um grundlegende Werte: Zentral zum Beispiel: Eigenverantwortung oder Volkssouveränität. Darauf lassen sich die einzelnen Forderungen durchaus zurückführen: Wer selber zahlen kann, soll nicht nach dem Staat rufen. Oder: Fremde Richter oder Organisationen sollen uns nicht dreinreden. Das Programm ist kohärent.

Welche Rolle spielt der Parteipräsident? Was muss er in Zukunft sein? Chefideologe, Vordenker, Manager, Organisator, vielleicht sogar der grösste Fundraiser?

Ladner: Dieses Präsidenten-«Pflichtenheft» zeigt, dass wir in der Schweiz immer noch naive Vorstellungen darüber haben, wie eine Partei funktionieren sollte. Eine Partei sollte doch ein grösserer, schlagkräftiger Verband sein. Alle die Aufgaben, Content, Kommunikation, Fundraising und dergleichen, das sollten Spezialisten machen und nicht der Präsident. Diese Professionalisierung haben längst nicht alle Parteien vollzogen.

Aber das kostet einen Haufen Geld?

Ladner: Natürlich. Aber schauen Sie die FDP an. Das ist sicher nicht die Partei der Armen und sie hat auch Zugang zu Finanzquellen. Aber sie hält es nicht für nötig, ein schlagkräftiges nationales Sekretariat zu unterhalten, das von der Partei finanziert wird. Das ist vielleicht föderalistisch und demokratisch und sicher auch sympathisch, aber ein erfolgreiches Modell wird es nicht sein.

Hat denn die SVP eines?

Ladner: Sie hat zumindest eine Kerntruppe, die eine Art mobile Parteizentrale darstellt. Die SVP ist deshalb auch weniger föderalistisch, weil sie in letzter Zeit zunehmend zentral geführt wird.

Also müssen sich die anderen Parteien besser organisieren?

Ladner: Die Organisationsfrage ist sicher mindestens so wichtig wie die Kontakte zur Basis. Sie müssen nicht eine riesige Bürokratie aufbauen, aber etwas mehr Organisation dürfte schon sein.

Und was wäre darin die Rolle des Parteipräsidenten?

Ladner: Es gibt zwei typische Rollen: Entweder ist er eine Inte-

SVP

Unterschätzter Parteistrateg

Auf dem Höhepunkt seines Erfolgs gab Ueli Maurer (56) nach den Wahlen seinen Rücktritt als SVP-Präsident bekannt. Seit 1996 präsidierte er die Partei und entwickelte sich von der Witzfigur bei Victor Giacobbo zu einem wichtigen Parteistrategen. Ein wesentlicher Teil des Erfolgs hat die Partei dem uncharismatischen Politiker zu verdanken. Immerhin hat sie unter seiner Führung ihren Wähleranteil fast verdoppelt und ist mit 600 neu gegründeten Sektionen von der deutschschweizerischen Bauern- und Gewerbetarbeitspartei Schweiz zur stärksten politischen Kraft gewachsen. Der Siegeszug in der Romandie und der Gewinn eines SVP-Nationalratsitzes im Kanton Jura weckten auch bei Maurer Emotionen. Der sonst

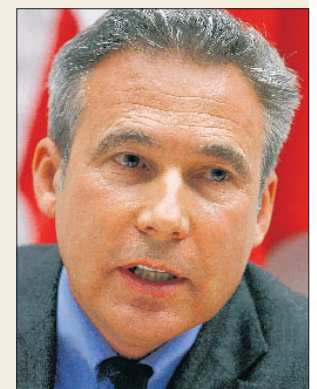


eher steife Politiker jubelte bei der Verkündung der Resultate in die Kameras. Sein Nachfolger kann eine starke Partei übernehmen, wird jedoch einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt sein. Vorerst dreht sich aber alles um Maurer: Am 25. November will er für den Kanton Zürich in den Ständerat gewählt werden. (RBC)



Der Sympathieträger: Toni Brunner

Seit 1995 sitzt Toni Brunner (33) im Nationalrat. Er gilt als Topfavorit für die Nachfolge von Ueli Maurer. Der St. Galler ist schweizweit bekannt und beliebt. Wird er jedoch am 25. November in den Ständerat gewählt, kommt für ihn das Parteipräsidium nicht infrage. (RBC)



Der Berner auf Zürcher Kurs: Adrian Amstutz

Adrian Amstutz (54) wird als zweiter Favorit für das SVP-Parteipräsidium gehandelt. Der Berner Oberländer gilt als Hardliner, der ganz auf dem Kurs der Zürcher SVP politisiert. Bei den Nationalratswahlen im Kanton Bern erzielte er das beste Wahlergebnis. (RBC)

Zukunft Leadership gefragt»

Wahlkampf und über den «Sonderfall», den auch politische Parteien vergessen müssen



SILVAN WEGMANN

grationsfigur, der eher nicht sagen kann, wo es langgeht, sondern schauen muss, dass alle dran und dabei bleiben. Das macht es aber schwierig, eine klare Linie zu vertreten und gegen jemanden anzutreten, der aus einem Guss argumentieren kann.

Und die andere Rolle?

Ladner: In anderen Ländern ist ja der Parteiführer der Mann, der in die Ämter gewählt wird, wo die Politik gemacht wird. Der Parteipräsident ist das Programm. Leadership ist gefragt. Vielleicht können wir uns den Sonderfall auch hier nicht mehr lange leisten. Von einem Bundesrat wird irgendwann erwartet, dass er auch das Parteiprogramm verkörpert.

Und nicht mehr nur zum Wohle des Landes handelt?

Ladner: Gibt es Parteiprogramme, die nicht versprechen, zum Wohle des Landes zu handeln?

Welche Konsequenzen hätte das? Bewegen wir uns langsam in Richtung Regierungs-/Oppositions-Modell?

Ladner: Im Moment nicht. Die SVP strebt das nicht an, sie steht zur Konkordanz. Allerdings müssen sich die Parteien in Zu-

Parteien müssen sich besser positionieren

kunft besser positionieren, Personalfragen lösen und die abtretende Generation durch neue Personen mit Potenzial ersetzen. Zudem sollten sie überlegen, wie man sich strategisch besser gegen die SVP einigen kann, die immer mehr Macht bekommt.

Ich kann allerdings nicht verstehen, wieso man bei Links-Grün die Idee der arithmetischen Konkordanz, die uns die SVP anbietet, nicht stärker aufnimmt.

Das würde bedeuten, die Regierung streng nach Wähleranteilen zusammenzustellen?

Ladner: Ja, knallhart rechnen. Runde 30 Prozent – das sind klar zwei Sitze, und rund 10 Prozent wären dann sicher näher bei einem Sitz als 15 Prozent bei zweien, der dann an die Grünen gehen würde. Das ist die einzige Möglichkeit, kurzfristig zu einer besseren Position zu kommen.

Es fällt auf, dass viele jüngere Parlamentarier gewählt wurden, die jetzt schon versprochen haben, dass sie in bestimmten Punkten «nicht linientreu» politisieren wollen. Was für Folgen hat das für die Parteien?

Ladner: Das ist eine Chance. Die politische Sozialisation spiegelt sich auch in der politischen Tätigkeit wieder. Jetzt kommt langsam eine Generation, die nicht mehr in einer zweigeteilten Welt aufgewachsen ist. Der Kampf zwischen den beiden Ideologien Staatswirtschaft und Marktwirtschaft wird nicht mehr mit der gleichen Vehemenz weiterbetrieben wie bis-

Im Wahlkampf haben alle mit der «Schweiz» operiert

her. Es ist zu hoffen, dass sich die Positionen je nach Thema aufweichen.

Können Sie uns den Unterschied erklären zwischen «Hop Sviz» und «Unsere Schweiz, unsere Heimat»?

Ladner: (Lacht) Das eine zielt mehr auf die Europameisterschaft ab. Vielleicht, weil sich FDP-Frau Doris Fiala dort stark engagiert. Das andere ist ein Begriff, der die nationalkonservative Vorstellung einer Schweiz, die es wahrscheinlich früher nie gegeben hat und es auch in Zukunft nicht geben wird, anklingen lässt. Aber viele Leute können sich durchaus etwas darunter vorstellen.

Und vor allem auch viele Junge, oder?

Ladner: Ja. Das deutet darauf hin, dass der Begriff nicht nur eine Modeströmung ist, sondern längeren Bestand hat. Im Wahlkampf haben ja alle Politiker mit der Schweiz operiert. Auch Calmy-Rey ging aufs Rütli. Der Begriff ist sicher wieder ein Thema. Die Frage ist nur, wie man ihn interpretiert.

FDP-Chef Pelli stellt Bedingungen

Wahlen Mehrheit in der Partei gefordert

Nach längerem Schweigen hat FDP-Präsident Fulvio Pelli gestern vorgezeichnet, wie es mit ihm und der FDP nach der jüngsten Wahlschlappe nun weitergehen soll. Auf Schweizer Radio DRS kündigte der Tessiner dabei an, die FDP auch noch in die nächsten Wahlen im Jahr 2011 führen zu wollen – unter gewissen Bedingungen freilich. «Wenn die Partei meine Richtung wählt, bin ich bereit, bis 2011 zu bleiben», so Pelli. Auf Nachfrage ergänzte er, dass unter «seiner Richtung» ein eigenständiger Kurs zu verstehen ist, der auf der bisherigen Wahlplattform beruht.

Handlungsbedarf sieht Pelli derzeit vor allem bei der Profilierung der FDP, wobei er nun die Kantonalparteien stärker in die Pflicht nehmen will. Diese nehmen teilweise gegenläufige Positionen ein – auch was die Zusammenarbeit mit der SVP betrifft. Dies will Pelli ändern: Die FDP müsse sich auf ein Profil und eine Strategie festlegen und diese dann bis in den letzten Kanton durchziehen.

Wie schwierig dies werden dürfte, zeigen schon die ersten Reaktionen. «Man kann keine Einheits-FDP machen», sagt der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri. Kantonale Eigenheiten aufzugeben, könne kontraproduktiv wirken. Ähnlich sieht es die Zürcher Präsidentin Doris Fiala, der es mit einem SVP-nahen Kurs nicht besser ergangen ist als den diesbezüglich distanzierenden Solothurnern. «Wahlen werden in den Kantonen gewonnen», sagt sie. Pellis Drängen sei sachlich richtig, in der Umsetzung aber nicht einfach.

Der Berner Kantonalpräsident Johannes Matyassy ist zumindest bereit, die Übung zu versuchen und nach eingehender Analyse dann zu entscheiden, ob es eine Einheitsstrategie verträglich oder nicht. Ein Resultat dieser Analyse könnte für Matyassy darin bestehen, dass die FDP für künftige Wahlen ein generelles Verbot von Listenverbindungen fordert. Auch dieser Vorschlag hat seinen guten Grund: Der Genfer Politologe Daniel Bockler hat errechnet, dass die FDP ohne solche Verbindungen nur einen statt fünf Nationalratssitze verloren hätte. (DLI)

SP

Integrierende Kraft

Im Gegensatz zu Ueli Maurer trat SP-Präsident Hans-Jürg Fehr (59) auf dem Tiefpunkt seines Erfolgs zurück. Dabei hat sein politischer Aufstieg verheissungsvoll begonnen. Im Jahr 2000 wurde er SP-Vizepräsident. Innert kürzester Zeit führte der Schaffhauser Nationalrat die verschuldete Partei wieder in die schwarzen Zahlen. Nach dem Rücktritt von Christiane Brunner wurde Fehr 2004 zum Parteipräsidenten gewählt. Mit viel Selbstbewusstsein trat er das Amt an. Er wollte aus der SP die wählerstärkste Partei machen. Am Anfang lief alles gut. Die Krise der Partei begann mit Verlusten bei kantonalen Wahlen und eidgenössischen Abstimmungen. Auch die partei-internen Richtungsstreitigkeiten



vermochte Fehr trotz integrierenden Fähigkeiten nicht zu richten. «Ich gebe meinen Rücktritt jetzt im Interesse der Partei», sagte er nach den Wahlen in einem Interview mit der MZ. Stets im Interesse der Partei hat er gehandelt, als überzeugter Sozialdemokrat, jedoch ohne viel Charisma und Leidenschaft. (RBC)



Die junge Erfolgreiche: Ursula Wyss

Ursula Wyss (34) gilt als mögliche Nachfolgerin an der SP-Spitze. Die Bernerin verfügt über Erfahrung. Seit 1999 ist sie Nationalrätin, von 2004 bis 2006 war sie SP-Vizepräsidentin und seit 2006 Präsidentin der Fraktion im Bundeshaus. Sie schliesst eine Kandidatur nicht aus. (MZ)



Die Unentschlossene: Jacqueline Fehr

Die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr (44) will sich eine Kandidatur noch offenhalten. Sie ist seit 1998 im Nationalrat. «Eigentlich bin ich aber der Meinung, dass es einen noch radikaleren Generationenwechsel braucht», wurde sie in der «NZZ am Sonntag» zitiert. (RBC)



Der Westschweizer: Christian Levrat

Der meistgenannte Name aus der Romandie ist Christian Levrat (37). Der Freiburger Nationalrat ist zurzeit Präsident der Gewerkschaft Kommunikation. Er hat den Ruf, aufgeschlossen zu sein. Allerdings liebäugelt er auch mit dem Präsidium des Gewerkschaftsbundes. (RBC)

Grüne, CVP, und Grünliberale

Auch bei den Grünen dürfte nächstes Jahr ein Wechsel an der Parteispitze anstehen. Ruth Genner (51), die Parteipräsidentin, gibt im April nächsten Jahres statutengemäss ihr Amt ab. Bei der CVP und den Grünliberalen gibt es an der Parteispitze keine Veränderungen. Mit Christophe Darbelley (36), der seit 2006 CVP-Präsident ist, wurde das «Leuthard-Prinzip» verännlicht. In den Fussstapfen seiner Vorgängerin holte der Walliser mit seiner Partei bei den Wahlen ein gutes Resultat. Der äusserlich immer ruhig und angepasst wirkende Politiker will die Mitte stärken. Martin Bäumle (43), der Präsident der Grünliberalen (GPL), ist seit 2003 im Nationalrat. Als Gründer verkörpert er das Parteiprogramm der GPL. Neben der SVP gehört seine Partei zu den grossen Wahlsiegern. (RBC)